

[| Drucken |](#)

„Leerstandssteuer“

*Ein Interview mit **Christine Arndt**, Ratsfrau für DIE LINKE. im Rat der Stadt Oldenburg*

Lutz Kupke: Die Ratsfraktion DIE LINKE.Oldenburg hat einen Antrag für die nächste Ratssitzung formuliert, in der eine „Leerstandssteuer“ gefordert wird. Was meint ihr damit?



Christine Arndt: Verwaltung und Politik müssen endlich etwas gegen den nicht länger hinnehmbaren Leerstand und dem Verfall von Wohnhäusern und Gebäuden in unserer Stadt tun. Das sind Schandflecken in unserer Stadt und in unserer Gesellschaft! Um den Druck auf die Eigentümer zu erhöhen und um Spekulanten ihre Abschreibungsobjekte zumindest unattraktiver zu machen, müssen wir alle aktiv werden. Eine Handlungsoption wäre z.B. eine von uns geforderte „Leerstandssteuer“. Je länger das Objekt leer steht, desto höher sollte diese dann auch ausfallen. Dann würde es sich für die Eigentümer steuerlich endlich nicht mehr rechnen, dass sie Häuser leer stehen und verrotten lassen und letztlich dadurch der Allgemeinheit zur Nutzung entziehen. Wir wollen sie in die Pflicht nehmen und im Sinne

unseres Grundgesetzes zur Verantwortung ziehen.

Lutz Kupke: Worauf beziehst du dich da?

Christine Arndt: Unser Grundgesetz ist dahingehend ganz unmissverständlich. Art. 14 Grundgesetz lautet nämlich: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Dies ist genau unsere Position und nicht mehr und nicht weniger fordern wir auch ein!

Lutz Kupke: Warum fordert ihr diese Steuer erst jetzt?

Christine Arndt: Nunja, Moment mal, es ist ja nun einmal nicht so, dass wir Linke im Rat in den ganzen letzten Jahren nichts getan und gefordert hätten! Wir hatten aber keine erforderlichen Mehrheiten im Rat und auch nicht in den Ausschüssen. Es laufen ja auch seit Jahren Verhandlungen seitens der Stadt mit z.B. dem Eigentümer des Wall-Kino Gebäudes. Auf Freiwilligkeit braucht man bei Herrn Marseille nicht zu vertrauen und kann darauf auch nicht warten... Er sagt ja ganz offen, dass ihm seine Steuerberater geraten haben, die Häuser leer stehen zu lassen... das rechnet sogar noch für ihn. Dies ist ein unerträglicher Zustand! Letztlich erneuern wir hier nur unsere langjährigen Forderungen! Dies möchte ich hier auch noch einmal klar stellen und betonen. DIE LINKE. hatte bereits mehrfach Forderungen gestellt, um es noch einmal zu benennen und um es zu konkretisieren, hatten wir gefordert, dass die Instrumente des Baugesetzbuches, speziell das Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot nach § 177 BauGB und das Baugebot nach § 176 BauGB, endlich von der Verwaltung genutzt werden.

Lutz Kupke: Unmut macht sich ja schon länger breit. Aktiv geworden sind ja einige schon und haben das Haus am Theaterwall 24 a besetzt...

Christine Arndt: Ja. Die HausbesetzerInnen haben erneut den Finger in eine Wunde dieser Stadt und ihrer verfehlten Wohnungsbaupolitik gelegt!

Lutz Kupke: Braucht die Politik diesen Druck?

Christine Arndt: Außerparlamentarische und soziale Bewegungen sind und bleiben eine, wenn nicht sogar die entscheidende Triebfeder gesellschaftlicher Veränderungen! Ich persönlich denke, dass die Politik die Verantwortung dafür trägt, dass diese Forderungen in die Parlamente und in die kommunalen Räte kommen und dort eingebracht werden. Hier sehe ich die Aufgabe von Politik. Die Aktionen der HausbesetzerInnen befördern den Druck auf Parteien und Fraktionen und auf das politische Klima in unserer Stadt, also ganz konkret hier, wo wir alle wohnen und leben.... Es ist aber nicht so, dass die Linke hier bisher nichts angestoßen oder auf den Weg gebracht hätte. Wir haben in unsere alternativen Haushaltsentwürfe ein detailliertes kommunales Wohnungsbauförderprogramm eingearbeitet. Wohnungsnot und damit ein eklatanter Mangel an bezahlbarem, preisgünstigen Wohnraum ist doch seit Jahren ein bekanntes Problem in dieser Stadt! Dies verschärft sich doch nur noch mehr, wenn die Politik und die Verwaltung hier nichts unternehmen. Das habe ich und hat meine Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Oldenburg auch immer wieder öffentlich scharf kritisiert.



Lutz Kupke: Die Haushaltsmehrheiten haben also das kommunale Wohnungsbauförderprogramm abgelehnt?

Christine Arndt: Ja, leider! Ich finde es skandalös, dass die Haushaltsmehrheiten aus SPD, Grünen, FDP/WFO-Gruppe und auch die letzte Haushaltsmehrheit aus Grünen und CDU unseren Vorschlägen überhaupt nicht gefolgt sind. Es ging ihnen allen in erster Linie darum, eine Haushaltsmehrheit stellen zu können – und zwar ohne uns Linke und an uns Linken vorbei. Sie haben nicht einmal Gespräche mit uns gesucht! Mit uns hätten nämlich noch ganz andere Themen und Bereiche zur Verhandlung auf der Agenda für einen zumindest sozial-gerechteren Haushalt gestanden. So beispielsweise ein Sozialticket für den ÖPNV und eben auch ein kommunales Wohnbauförderprogramm, wie auch natürlich die nicht länger hinnehmbaren Streichungen bei den freiwilligen Leistungen. Diese treffen nämlich die schwächsten und ärmsten in unserer Gesellschaft am empfindlichsten! Mit all diesen Themen und unseren Forderungen wollten sich die anderen Fraktionen aber gar nicht auseinandersetzen! Sie verschanzen sich hinter dem Totschlag“argument“, dass „gespart“ werden müsse. Es wird aber mit diesen Streichkonzerten gar nichts „gespart“, weil faktisch auch gar nichts zurück gelegt oder angespart wird. Es wird einfach nur gekürzt und gestrichen und damit wird letztlich Raubbau an gesellschaftlicher Vielfalt und Lebensqualität betrieben.

Lutz Kupke: Was macht ihr denn noch, um konkret der Wohnungsnot entgegen zu wirken?



Christine Arndt: Wir haben die städtischen Liegenschaften begonnen zu prüfen. Aber auch nicht erst seit gestern... Wir haben der Verwaltung und der Politik Vorschläge unterbreitet für Liegenschaften, die im städtischen Eigentum stehen und aber gleichwohl ungenutzt sind. Auf vielen dieser Liegenschaften ist eine Wohnbebauung praktisch und rechtlich möglich oder könnte – rechtlich –möglich gemacht werden. Wir wollen beispielsweise, dass diese Liegenschaften kostengünstig der GSG für Wohnbebauung zur Verfügung gestellt werden. Entweder durch einen günstigen Verkaufspreis oder aber durch Erbbaurecht. Die GSG wartet ja nur auf entsprechende Grundstücke, um mehrgeschossigen Wohnraum realisieren zu können. Dies ginge auch, wenn endlich die Politik sich mehrheitlich diesem unserem Vorschlag anschließen würde. Wir brauchen keine weiteren Konsumtempel in dieser Stadt, wir brauchen auch keine Prestige-Viertel in Oldenburg, in denen sich nur einige wenige Wohnraum leisten können. Wir brauchen eine Stadtplanung, die alle einbezieht.

Lutz Kupke: Wen trifft die Wohnungsnot?

Christine Arndt: Vor allem wieder einmal diejenigen, die am wenigsten Geld haben. Ich denke da vor allem an die zunehmende Anzahl Studierende, den immer größer werdenden Anteil an älteren Menschen, die beispielsweise auf Grundsicherung angewiesen sind. Ich denke aber auch an Menschen mit Handicaps und daran, dass barrierefreie und preisgünstige Wohnungen für diese Menschen geschaffen werden müssen, damit ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen möglich ist! Ich denke auch an die Asylsuchenden in dieser Stadt! Sie haben ein Recht auf menschenwürdiges Wohnen und Leben in unserem Land, in unserer Stadt Oldenburg, in unserer Gesellschaft und zwar dezentral! Ich will keine Stadt der Ausgrenzung! Ich denke auch daran, dass Lebensentwürfe und Planungen die mithin als „alternativ“ bezeichnet werden, wie beispielsweise Wagenburgen, nicht aus dem Blickfeld der Stadtplanung verschwinden dürfen. Auch hierfür muss Raum sein und bleiben! Wir dürfen die Vielfalt und damit unser aller Lebensqualität nicht einigen wenigen Interessen opfern! Dieser zu schaffende Wohnraum muss aber vor allem für alle bezahlbar sein. Ich denke aber auch an Jugendliche, die von zu Hause ausziehen – müssen oder wollen – und allein auf sich gestellt sind und aber ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verwirklichen wollen.



Lutz Kupke: Wenn der Wohnraum immer teurer wird, dann fallen also die Ärmsten durch das „Raster“ und müssen zwangsläufig aus Stadtteilen weichen...

Christine Arndt: Ja, dies ist die traurige Konsequenz. Dies ist ja teilweise auch so von einigen gewollt! Du sprichst da den Punkt der sogenannten Gentrification an. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden! Dies geht aber nur, wenn der dringend benötigte preisgünstige Wohnraum flächendeckend auch geschaffen wird. Dies ist eine politische Entscheidung.

Lutz Kupke: Was ist Gentrification?

Christine Arndt: Die eben von dir angesprochene Situation bzw. eine stadtplanerische Entwicklung: Also auf der einen Seite eine gewisse Form von Umbau und Umstrukturierung im städteplanerischem bzw. städtebaulichem Bereich. Also auf der einen Seite eine Aufwertung von Stadtvierteln und Stadtbebauung. Diese geht aber eben einher mit der Verdrängung von Gruppen und zwar von sozial niedrigeren Gruppen, weil sie sich dort ein Wohnen und Leben dann schlicht nicht mehr leisten können. Dies bedeutet eine weitere Separierung der Gesellschaft. Auf der einen Seite wird eine Wertschöpfung und Aufwertung geschaffen, die sich dann auf der anderen Seite sozial niedere Schichten schlicht nicht mehr leisten können und damit aus einer Stadt oder zunächst aus Stadtvierteln verdrängt werden. Wo also vorher noch bezahlbarer Wohnraum und Lebensraum zur Verfügung gestanden hatte, wird so umstrukturiert, dass sich in der Konsequenz nur noch finanzstarke Menschen dort ein Wohnen und Leben leisten können. Die anderen dürfen zusehen wo sie bleiben... Es ist ein Begriff, der eine völlig verfehlt und verdrehte Stadtplanung beschreibt. Zumindest so, wie wir Linke eine erstrebenswerte Stadtplanung sehen. So grob sehe ich den Zustand und die verheerende Entwicklung die den Begriff Gentrification beschreiben.

Lutz Kupke: Was setzt DIE LINKE. dagegen?

Christine Arndt: Wir müssen im Gegenzug Wohnquartiere stärken und die Möglichkeit für starke Stadtteile und Nachbarschaften schaffen. Auch städtebaulich kann und muss eine Aufwertung von Vierteln, Stadtteilen und Wohnraum geschaffen werden, der nicht mit einer Verdrängung von Menschen und bestimmten Gruppen einhergeht. Genossenschaften sind da beispielsweise ein Weg. Da gibt es ja auch in Oldenburg gute Beispiele. Dies stärkt die Solidarität in unserer Gesellschaft... Dazu gehört aber zwingend notwendig, dass preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird und damit der von dir angesprochenen Gentrification endlich Einhalt geboten wird! Wohnraum muss bezahlbar sein! Die Schaffung und Gestaltung von Wohnräumen darf nicht dazu dienen, dass Privaten Spekulationsobjekte errichtet werden!

Lutz Kupke: Es gibt auch die Forderung nach Enteignung...



Christine Arndt: Ja. Zunächst einmal schützt unsere Rechtsordnung das private Eigentum. Ich zitiere da aber auch noch einmal unsere Verfassung: Art. 14 Abs. 3 Grundgesetz lautet: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.“ Aber natürlich kann auch beispielsweise aufgrund § 85 Abs. 1 Ziff. 5 BauGB enteignet werden. Wenn nämlich der Eigentümer ein Baugebot nach § 176 BauGB nicht erfüllt. Das Verfahren könnte man z.B. bei dem leerstehenden

Grundstück am Anfang der Alexanderstrasse einleiten oder wenigstens dem Eigentümer mal "die Instrumente zeigen". Unser Fraktionsvorsitzender Hans-Henning Adler hatte dies auch mehrfach schon für unsere Fraktion DIE LINKE. in den letzten Ratsperioden gefordert. Dies aber leider vergeblich, weil uns die Mehrheiten fehlten! Wo sind denn Grüne und SPD, wenn wir dies fordern??? Wir müssen konstatieren, dass unsere linken Initiativen an den Grünen und an der SPD gescheitert sind! Dies muss auch den Menschen in Oldenburg klar sein. Es liegt hier nicht an uns Linken oder an unserem mangelnden Engagement! Hinzu kommt weiter, dass es bei der Oldenburger Bauverwaltung ein ungeschriebenes Gesetz gibt, keine Enteignungsverfahren zu wagen. Das halten wir Linke für völlig falsch!

Lutz Kupke: Money makes the world go around... Also überwiegen hier kapitalistische Erwägungen?

Christine Arndt: Die Frage, ob unser Rechtssystem (systematisch) privates Eigentum und Individualinteressen einiger weniger höher einstuft, als kollektive Interessen und das Allgemeinwohl, darf durchaus gestellt werden... Diese Frage gehört auch kritisch diskutiert. Ich und meine Partei fordern ja auch beispielsweise soziale Grundrechte in unser Grundgesetz mit aufzunehmen!

Lutz Kupke: Wie wollt ihr weiter vorgehen?

Christine Arndt: So einfach lässt sich dies jetzt nicht beantworten. Ich habe bereits gesagt, mit wie vielen unserer Initiativen wir Linke an den Grünen und der SPD gescheitert sind... Ich und meine Fraktion stehen auf dem Standpunkt: Weiter machen und den Druck erhöhen und wenn wir mit unserem Vorstoß wie jetzt der „Leerstandssteuer“ tatsächlich nicht weiter kommen sollten und die Eigentümer sich nicht bewegen, dann müssen wir den weiteren Schritt einer Enteignung noch einmal ganz konkret ins Auge fassen. Hierfür brauchen wir Mehrheiten im Rat! Vielleicht bewegen sich Grüne und SPD dann ja doch einmal... in den Ausschüssen und im Rat können wir dies als Linke mit vier GenossInnen nicht alleine bewegen. Bisher zeigen sich die Grünen und die SPD ignorant. Gerade in dem Punkt der verfehlten Wohnungsbaupolitik zeigt sich, wie wichtig DIE LINKE ist und unser Druck, damit nicht mehr an uns und den Interessen der BürgerInnen vorbei agiert werden kann!!!!

Lutz Kupke: Vielen Dank für das Gespräch.

Christine Arndt: Uuups, is` die Zeit schon rum?

Lutz Kupke: Oder wolltest du noch unbedingt etwas loswerden?

Christine Arndt: Unsere Stadt gehört uns allen! Ich danke auch...

*Das Interview führte Lutz-Denis Kupke mit Ratsfrau für **DIE LINKE.Oldenburg** Christine Arndt.*

Copyright ©2011 Die Linke Oldenburg. Alle Rechte vorbehalten.